

Vertrag zur Arbeitnehmerüberlassung

Zwischen Kerntechnische Entsorgung Karlsruhe GmbH
Herrmann-von-Helmholtz-Platz 1
76344 Eggenstein-Leopoldshafen

- im Folgenden **Entleiher** genannt -

und

- im Folgenden **Verleiher** genannt -

- gemeinsam auch die **Parteien** genannt -

wird im Zusammenhang mit dem Abschluss des Ausschreibungsverfahrens (siehe KTE Auftragsschreiben Nr. _____ des Entleihers vom _____ als **Anlage 1**) der folgende Arbeitnehmerüberlassungsvertrag geschlossen.

§ 1 Verleihererklärung

- (1) Der Verleiher besitzt eine Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung gemäß § 1 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung (AÜG). Die Erlaubnis wurde dem Verleiher am _____ von der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion _____ in _____ ☐ unbefristet ☐ befristet bis zum _____ erteilt und liegt dem Entleiher in Kopie vor. Auf Verlangen des Entleihers hat ihm der Verleiher die Arbeitnehmerüberlassungserlaubnis unverzüglich im Original zur Einsicht vorzulegen.
- (2) Bei befristeter Arbeitnehmerüberlassungserlaubnis wird der Verleiher den Entleiher spätestens drei Monate vor Ablauf der Erlaubnis darüber informieren, ob er fristgemäß den Antrag auf Verlängerung der Erlaubnis gemäß § 2 Abs. 4 Satz 2 AÜG gestellt hat. Der Verleiher wird dem Entleiher unverzüglich nach Erhalt die Verlängerung der Erlaubnis in Kopie zusenden.
- (3) Der Verleiher verpflichtet sich, den Wegfall und alle Änderungen der Erlaubnis sowie bei Nichtverlängerung, Rücknahme oder Widerruf der Erlaubnis auch das voraussichtliche Ende der Abwicklung und die gesetzliche Abwicklungsfrist dem Entleiher unaufgefordert unverzüglich schriftlich anzuzeigen.
- (4) Der Verleiher gewährleistet, dass die gesetzlichen und/oder tariflichen Lohnuntergrenzen nicht unterschritten werden und sämtliche Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuern stets pünktlich und ordnungsgemäß abgeführt werden. Der Verleiher hat dem Entleiher jederzeit auf dessen Verlangen die ordnungsgemäße Abführung der Sozialversicherungsbeiträge durch Vorlage einer Bescheinigung der zuständigen Einzugsstelle sowie die ordnungsgemäße Abführung der Lohnsteuer durch geeignete Nachweise (z.B. separate Überweisungsbelege) nachzuweisen. Wird der Entleiher gemäß § 28e Abs. 2 SGB IV oder § 42d EStG in Anspruch genommen, so ist der Entleiher unbeschadet eventueller Schadensersatzansprüche und Freistellungsansprüche berechtigt, die dem Verleiher geschuldete Vergütung solange in der Höhe, in welcher ein Anspruch der zustän-

digen Einzugsstelle bzw. des Finanzamts geltend gemacht wurde, zurückzubehalten bis der Verleiher die ordnungsgemäße Abführung von Sozialversicherungsbeträgen und Lohnsteuern nachweist.

- (5) Der Verleiher erklärt, dass auf das Arbeitsverhältnis zwischen Verleiher und den Leiharbeitnehmern der Tarifvertrag über Branchenzuschläge für Arbeitnehmerüberlassungen in der Chemischen Industrie in der jeweils gültigen Fassung Anwendung findet.

§ 2 Vertragsgegenstand

- (1) Der Verleiher überlässt dem Entleiher für die Zeit vom _____ bis _____ vorübergehend Arbeitnehmer (Leiharbeitnehmer) zur Arbeitsleistung, die für folgende Tätigkeiten eingesetzt werden und folgende berufliche Qualifikationen besitzen sollen:

Name, Vorname	
Geburtsdatum	
Staatsangehörigkeit	
Qualifikation	
Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit Stunden / Woche	
Stundenverrechnungssatz €/Stunde zzgl. MwSt.; Etwaige Zuschläge gem. Anlage 1 SAP-Auftragsschreiben	
Besondere Merkmale der vorgesehenen Tätigkeiten	siehe Anlage 1
Erforderliche berufliche Qualifikationen	siehe Anlage 1

- (2) Der Entleiher ist berechtigt, die Leiharbeitnehmer für die in § 2 Abs. 1 dieses Arbeitnehmerüberlassungsvertrags genannten Tätigkeiten zu beschäftigen. Der Verleiher tritt dem Entleiher insoweit den Anspruch auf Arbeitsleistung gegen die Leiharbeitnehmer ab.
- (3) Der Entleiher ist berechtigt, den auf der Grundlage dieses Arbeitnehmerüberlassungsvertrags überlassenen Leiharbeitnehmern während des Einsatzes Weisungen zur Konkretisierung der jeweiligen Tätigkeiten zu erteilen und die Arbeitsausführung zu überwachen. Ein Arbeitsverhältnis zwischen dem Entleiher und den Leiharbeitnehmern wird hierdurch nicht begründet.
- (4) Der Verleiher gewährleistet, dass zwischen ihm und den von ihm an den Entleiher überlassenen Arbeitnehmern Arbeitsverträge bestehen. Zudem gewährleistet der Verleiher, dass er die von ihm an den Entleiher überlassenen Arbeitnehmer vor der Überlassung darüber informiert hat, dass diese als Leiharbeitnehmer tätig werden.
- (5) Eine Überlassung der Leiharbeitnehmer durch den Entleiher an Dritte zur Arbeitsleistung (Kettenüberlassung) ist unzulässig.
- (6) Die persönliche Schutzausrüstung der überlassenen Arbeitnehmer wird vom Entleiher zweckmäßig zur Verfügung gestellt. Soweit Arbeitsschuttmittel sowie Werkzeug und / oder sonstige Arbeitsmittel vom Verleiher zur Verfügung gestellt werden sollen, bedarf dies einer gesonderten Vereinbarung. Für den Kontrollbereich speziell erforderliche Arbeitsschutzkleidung wird von dem Entleiher kostenlos zur Verfügung gestellt.

§ 3 Tarifverträge beim Entleiher

- (1) Der Entleiher erklärt, dass der Betrieb, in dem die Leiharbeitnehmer eingesetzt werden, folgender zuschlagspflichtiger Branche angehört: **Chemische Industrie**.

Es findet daher folgender Branchenzuschlagstarifvertrag in seiner jeweiligen Fassung Anwendung: **Tarifvertrag über Branchenzuschläge für Arbeitnehmerüberlassungen in der Chemischen Industrie zwischen Gesamtverband der Personaldienstleister e. V. (GVP) und IG BCE** (TV BZ Chemie). Von der möglichen Deckelung nach §2 Abs. 5 TV BZ Chemie macht der Entleiher keinen Gebrauch.

- (2) Beim Entleiher finden darüber hinaus alle gültigen Tarifverträge der IG BCE in ihrer jeweiligen Fassung Anwendung.

Auf Verlangen werden dem Verleiher die genannten Tarifverträge ausgehändigt.

- (3) Der Entleiher erklärt, dass in diesem Betrieb für die ausgeschriebene Stelle(n) keine besonderen betrieblichen Vereinbarungen über Leistungen für Leiharbeitnehmer gelten.
- (4) Zum Nachweis der Anwendung des TV BZ Chemie hat der Verleiher dem Entleiher auf Verlangen Einblick in die Entgeltabrechnungen der überlassenen Arbeitnehmer aus dem Überlassungszeitraum zu gewähren. Der Entleiher verpflichtet sich insoweit zum Einhalten der datenschutzrechtlichen Anforderungen.

§ 4 Arbeitszeit

- (1) Die regelmäßige tarifliche wöchentliche Arbeitszeit an Werktagen beträgt 37,5 Stunden.
Gleitzeit von 6.00 Uhr – 20.00 Uhr
Der Leiharbeitnehmer richtet sich nach der genannten Arbeitszeit eines vergleichbaren Arbeitnehmers im Entleiherbetrieb. Der Verleiher verpflichtet sich zur Leistungserbringung gemäß der beim Entleiher gültigen Arbeitszeitmodelle.
- (2) Der Verleiher wird Stundennachweise über die geleistete Arbeitszeit vorlegen und diese vom Entleiher zeitnah abzeichnen lassen.

§ 5 Zeiterfassung

- (1) Die Arbeitszeiten des Leiharbeitnehmers werden grundsätzlich elektronisch mit einem personenbezogenen Transponder erfasst. Ausnahmen hiervon werden entsprechend kommuniziert.
- (2) Sollte es zu einem Verlustfall des Transponders kommen, stellt der Entleiher dem Verleiher diesen in Rechnung und erhebt eine Gebühr von 10,00 € netto pro Stück.

§ 6 Vergütung

- (1) Der Entleiher zahlt an den Verleiher für den Leiharbeitnehmer die für diesen Arbeitnehmerüberlassungsvertrag vereinbarten Stundenverrechnungssätze und Zuschläge. Die Vergütung erfolgt dabei nach den tatsächlich abgeleisteten Arbeitsstunden der Leiharbeitnehmer. Die Stundensätze verstehen sich zuzüglich der gesetzlichen Umsatzsteuer.
- (2) Die Abrechnung der Leistung erfolgt monatlich auf Grund der vom Entleiher versendeten Zeitjournale. Ausnahmen hiervon werden entsprechend kommuniziert.
- (3) Aufwendungen für durch den Entleiher angewiesene Dienstreisen und / oder auswärtige Montageleistungen werden gesondert in Rechnung gestellt und nach den Reisekosten-Richtlinien des

Entleiher (nach Bundesreisekostengesetz) erstattet, wenn keine anders lautenden Vereinbarungen getroffen worden sind.

§ 7 Abberufung und Austausch der Leiharbeitnehmer

- (1) Der Entleiher kann einen überlassenen Arbeitnehmer durch Erklärung in Textform zurückweisen, wenn dieser nicht für die vorgesehene Tätigkeit geeignet ist. Der Verleiher ist zur unverzüglichen Stellung einer geeigneten Ersatzkraft mit der erforderlichen Qualifikation verpflichtet.
- (2) Der Verleiher bzw. der Leiharbeiter selbst ist verpflichtet im Falle der Arbeitsunfähigkeit sich unverzüglich bei dem für ihn zuständigen Ansprechpartner des Entleihers zu melden.
- (3) Für die Zeitdauer eines entschuldigten oder unentschuldigten Fehlens eines Leiharbeitnehmers hat der Verleiher auf Anforderung des Entleihers unverzüglich eine geeignete Ersatzkraft mit der erforderlichen Qualifikation zu stellen.
- (4) Der Entleiher kann einen Leiharbeitnehmer mit sofortiger Wirkung gegenüber dem Verleiher zurückweisen, wenn ein Grund vorliegt, der einen Arbeitgeber zur außerordentlichen Kündigung nach § 626 BGB berechtigen würde und der Entleiher dem Verleiher den Grund unter Zurverfügungstellung der Nachweise schriftlich mitteilt. In diesem Fall ist der Verleiher zur unverzüglichen Stellung einer geeigneten Ersatzkraft mit der erforderlichen Qualifikation verpflichtet.
- (5) Kommt der Verleiher dem Verlangen des Entleihers nach Abberufung und Stellung einer Ersatzkraft nach diesem § 7 des Arbeitnehmerüberlassungsvertrags nicht nach, kann der Entleiher den Arbeitnehmerüberlassungsvertrag über den betreffenden Leiharbeitnehmer fristlos kündigen. Etwaige Schadensersatzansprüche des Entleihers bleiben unberührt.

§ 8 Weitere Pflichten des Verleihers

- (1) Der Verleiher ist verpflichtet, zu prüfen und dem Entleiher mitzuteilen, ob und in welchen Zeiträumen die überlassenen Arbeitnehmer bereits an den Entleiher überlassen waren bzw. ob und in welchem Zeitraum ein Arbeitsverhältnis mit dem Entleiher bestanden hat. Dabei verpflichtet sich der Verleiher, dem Entleiher keine Zeitarbeiter zu überlassen, die in den letzten sechs Monaten vor der Überlassung an den Entleiher aus einem Arbeitsverhältnis bei diesem oder einem Arbeitgeber, der mit dem Entleiher einen Konzern im Sinne des § 18 AktG bildet, ausgeschieden sind.
- (2) Der Verleiher versichert, dass er die Leiharbeitnehmer auf ihre berufliche Eignung hin ausgewählt hat und diese zur Durchführung der in § 2 Abs. 1 dieses Arbeitnehmerüberlassungsvertrags genannten Tätigkeit aufgrund ihrer beruflichen Qualifikation befähigt und geeignet sind. Der Verleiher hat die Arbeitspapiere, insbesondere Zeugnisse und sonstige Qualifikationsnachweise der Leiharbeitnehmer auf ihre Richtigkeit zu überprüfen. Auf Verlangen ist der Verleiher zur Vorlage von Zeugnissen oder sonstigen Qualifikationsnachweisen der Leiharbeitnehmer verpflichtet.
- (3) Der Verleiher ist verpflichtet, sämtliche vom Entleiher geforderten Unterlagen und Untersuchungen stets vollständig und aktuell vorzuhalten und auf Verlangen des Entleihers vorzulegen.
- (4) Der Verleiher versichert die Leiharbeitnehmer bei der zuständigen Berufsgenossenschaft.
- (5) Der Verleiher hat die Leiharbeitnehmer auf die Wahrung der Firmeninteressen des Entleihers zu verpflichten, soweit nicht berechnete Interessen des Verleihers entgegenstehen. Dies gilt insbesondere für die Verpflichtung zur Verschwiegenheit über alle Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Entleihers sowohl während der Dauer der Tätigkeit im Betrieb des Entleihers als auch nach deren Beendigung. Die Verschwiegenheitspflicht entfällt, wenn und soweit die betreffenden In-

formationen nachweislich allgemein bekannt geworden sind oder eine gesetzlich, richterlich oder behördlich angeordnete Pflicht zur Offenlegung besteht.

- (6) Beim Einsatz ausländischer Leiharbeitnehmer stellt der Verleiher das Vorliegen der hierzu erforderlichen Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse sicher, sofern diese nicht nach den gesetzlichen Vorschriften Freizügigkeit genießen. Auf Verlangen des Entleihers werden die Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse in Kopie vorgelegt.
- (7) Im Falle eines Streiks, einer Aussperrung, einer vorübergehenden Betriebsstilllegung oder einer anderen Arbeitskampfmaßnahme sowie während der Dauer von Betriebsversammlungen kann der Entleiher vom Verleiher verlangen, dass die Pflichten unter diesem Arbeitnehmerüberlassungsvertrag ruhen. Der Entleiher verpflichtet sich, einen entsprechenden Ruhenstatbestand unverzüglich dem Verleiher anzuzeigen.

§ 9 Pflichten des Entleihers

- (1) Der Entleiher verpflichtet sich, die gesetzlichen Fürsorgepflichten einzuhalten. Insbesondere verpflichtet sich der Entleiher, dem Verleiher einen Arbeitsunfall oder ein Nichterscheinen des Leiharbeitnehmers unverzüglich mitzuteilen
- (2) Der Entleiher ist verpflichtet, den Leiharbeitnehmer sachgemäß in die Sicherheitsbestimmungen seines Betriebes sowie in die Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften einzuweisen sowie alle Sicherheitsmaßnahmen einzuhalten und erforderliche und vorgeschriebene Arbeitsschuttmittel zur Verfügung zu stellen, soweit sie nicht der Verleiher stellt.

§10 Haftung

- (1) Haftet der Entleiher gegenüber Dritten auf Schadensersatz infolge rechts- oder vertragswidriger Handlungen des Verleihers oder seiner Leiharbeitnehmer, wird ihn der Verleiher von dieser Haftung gegenüber Dritten freistellen.
- (2) Der Verleiher wird den Entleiher von allen Schadensersatzansprüchen der Leiharbeitnehmer freistellen. Dies gilt nicht für Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit sowie für Schäden, die auf einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Entleihers oder dessen Erfüllungsgehilfen beruhen.

§ 11 Datenschutz

- (1) Die Parteien sind berechtigt, die bezüglich der Geschäftsbeziehung oder im Zusammenhang mit dieser erhaltenen Daten (im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG-neu)) zu verarbeiten.
- (2) Der Verleiher weist sein Personal darauf hin, dass personenbezogene Daten im Rahmen des Objektschutzes zur Identifizierung der Person, zur Ausstellung des Betriebsausweises und zur Durchführung einer Zuverlässigkeitsüberprüfung durch die zuständigen Behörden gespeichert werden.

§ 12 Vertragsende / Kündigung

- (1) Dieser Vertrag endet mit dem in § 2 Abs. 1 dieses Arbeitnehmerüberlassungsvertrags vereinbarten Zeitpunkt (Vertragsende). Vor Vertragsende ist der Verleiher berechtigt, diesen Arbeitnehmerüberlassungsvertrag ordentlich mit einer Frist von vier Wochen zu kündigen; der Entleiher ist berechtigt, diesen Arbeitnehmerüberlassungsvertrag ordentlich mit einer Frist von zwei Wochen zu kündigen.

- (2) Das Recht zur außerordentlichen Kündigung dieses Arbeitnehmerüberlassungsvertrags aus wichtigem Grund bleibt beiderseits unberührt. Die Parteien sind sich dabei einig, dass ein wichtiger Grund zur außerordentlichen Kündigung für den Entleiher insbesondere besteht, wenn
- die Erlaubnis des Verleihers zur Arbeitnehmerüberlassung ihre Gültigkeit verliert oder entfällt,
 - wenn Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge für die Leiharbeitnehmer seitens des Verleihers nicht ordnungsgemäß abgeführt werden,
 - wenn der Verleiher den Leiharbeitnehmern für die Zeit der Überlassung an den Entleiher die im Betrieb des Entleihers für vergleichbare Arbeitnehmer des Entleihers geltenden wesentlichen Arbeitsbedingungen nicht gewährt,
 - wenn wiederholt Schlechtleistungen der Leiharbeitnehmer auftreten,
 - wenn der Verleiher falsche Angaben zur beruflichen Eignung und Qualifikation der Leiharbeitnehmer gemacht hat oder
 - wenn der Verleiher zum nach § 2 Abs. 1 dieses Arbeitnehmerüberlassungsvertrags vereinbarten Überlassungsbeginn keine Leiharbeitnehmer oder nicht die in § 2 Abs. 1 dieses Arbeitnehmerüberlassungsvertrags vereinbarte Anzahl von Leiharbeitnehmern mit der erforderlichen beruflichen Eignung und Qualifikation überlässt; dasselbe gilt, wenn der Verleiher während der Vertragslaufzeit nach § 2 Abs. 1 dieses Arbeitnehmerüberlassungsvertrags nicht die in § 2 Abs. 1 dieses Arbeitnehmerüberlassungsvertrags vereinbarte Anzahl von Leiharbeitnehmern mit der erforderlichen beruflichen Eignung und Qualifikation überlässt.

§ 13 Schlussvorschriften

- (1) Sollten einzelne oder mehrere Bestimmungen dieses Arbeitnehmerüberlassungsvertrages unwirksam oder undurchführbar sein, berührt dies die Wirksamkeit des übrigen Inhalts des Vertrages nicht. Die Vertragsparteien sind jedoch verpflichtet, die unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen rückwirkend durch solche wirksamen oder durchführbaren Regelungen zu ersetzen, die den gemeinsamen Zielen dieses Vertrages am nächsten kommen.
- (2) Zusätzliche mündliche Nebenabreden oder anders lautende Bestimmungen werden nur dann Vertragsbestandteil, wenn sie ausdrücklich in Textform vereinbart sind. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen ebenso der Textform, wie die Aufhebung derselben.
- (3) Erfüllungsort und ausschließlicher Gerichtsstand für beide Teile ist Karlsruhe. Es gilt deutsches Recht.

Verleiher _____

Entleiher _____

Anlage: 1. KTE Auftragsschreiben Nr. _____ vom _____